

Antrag öffentlich	Datum 16.04.2008	Nummer A0080/08
Absender Ausschuss für Umwelt und Energie		
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Herrn Ansorge		
Gremium	Sitzungstermin	
Stadtrat	08.05.2008	

Kurztitel Erhöhung des Anteils regenerativer Energien in der Landeshauptstadt Magdeburg durch (bau)planungsrechtliche und zivilrechtliche Instrumentarien
--

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- (bau)planungsrechtliche Instrumentarien, z.B. im Rahmen der Bauleitplanung - ggf auch über eine Gestaltungssatzung oder örtliche Bauvorschrift - sowie
 - weitere öffentlich-rechtliche sowie zivilrechtliche Instrumentarien, z.B. Kaufverträgen von Grundstücken bzw. städtebauliche Verträge
- umfassend zu nutzen, um den Anteil erneuerbarer Energien - insbesondere der Solarenergie zu erhöhen.

Begründung

Der Beschlussvorschlag fügt sich in die kommunalpolitischen Zielstellungen

- „Modellstadt Erneuerbare Energien“
 - Mitgliedschaft im Klimabündnis“ und
 - Teilnahme der Landeshauptstadt Magdeburg an der Kampagne „Solar Lokal“ ein.
- Dabei kommen der Reduzierung der CO₂ Emissionen und der Energiekostenreduzierung besondere Bedeutung zu.

Der Antrag hat zum Ziel, eine energiebewusste kommunale Planung zu unterstützen.

Durch planerische Festsetzungen wie Gebäudeausrichtung oder Dachneigung, die die Installation von Solarenergieanlagen begünstigen sowie Vorgaben zu Dämmstandards kann die Umsetzung dieser Zielstellungen forciert werden.

In deutschen Durchschnittshaushalten beanspruchen Heizung und Warmwasserbereitung das größte Stück des Energiekuchens und der Emissionen für sich. 89 Prozent der benötigten Energie wird für Wärme, davon 77 Prozent für die Raumheizung und 12 Prozent für die Warmwasserbereitung eingesetzt.

Die Beleuchtung spielt mit 2 Prozent Anteil am Gesamtenergieverbrauch eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Mit 9 Prozent schlagen die elektrischen Geräte zu Buche.

Der Wärmeverlust eines Hauses kann mit geschickter Planung und wenigen Mehrkosten gegenüber einer herkömmlicher Planung deutlich reduziert werden.
Die weiteren Kostensteigerungen der Gas- und Strombezugpreise werden in naher Zukunft herkömmliche Lösungen nicht mehr zulassen und zwingend energetisch optimierte Planungen für den Gebäudebestand fordern.

Der Ausschuss für Umwelt und Energie empfiehlt die Überweisung des Antrages in die Ausschüsse.

Dr. Schmidt

Abstimmung: 7 - 0 - 0